

LANDRATSAMT REUTLINGEN
Den 05.12.2012

KT-Drucksache Nr. VIII-0491/7

für den Kreistag
-öffentlich-

Tischvorlage



**Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2013 des Landkreises Reutlingen und des gemeindefreien Gebiets "Gutsbezirk Münsingen";
- Konzeption Sozialticket für den Landkreis Reutlingen**

Zu dem im Betreff genannten Beratungsgegenstand wurde umseitiger

A n t r a g der Gruppierung DIE LINKE

eingereicht.

Die Linke im Kreistag
Petra Braun-Seitz, Thomas Ziegler
Entenhof 24, 72768 Reutlingen
(Absender)

An den
Vorsitzenden des Kreistags
Herrn Landrat Thomas Reumann
Bismarckstraße 47
72764 Reutlingen

Haushalt 2013 – Antrag zum

Ergebnishaushalt

Investitionen

Stellenplan

Bezug auf (KT-Drucksache, Produktgruppe o. ä.):

THH 10 Verkehr und ÖPNV
Konzeption Sozialticket für den Landkreis Reutlingen

Antrag:

Die Verwaltung des Landkreises Reutlingen wird beauftragt, eine Konzeption für die Einführung eines Sozialtickets, notfalls begrenzt auf den Landkreis Reutlingen, zu erarbeiten und zu prüfen. Der Ticketpreis ist auf die anteiligen Kosten für Verkehrsleistung im Rahmen der Bedarfssätze des ALG II zu begrenzen. Mögliche Aufwendungen für das Sozialticket sowie Chancen durch Gewinnung zusätzlicher ÖPNV-Nutzer sollen dargestellt werden.

Für die Erarbeitung der Konzeption wird im HH 2013 unter THH 10 ein Ansatz von 10.000 € bereitgestellt.

Begründung/Deckungsvorschlag (ggf. Fortsetzung Rückseite):

In THH 10, 54.70 ist als strategisches Ziel „Schaffung, Erhaltung und Ausbau eines möglichst bedarfsgerechten, guten ÖPNV-Angebots im Landkreis Reutlingen“ benannt, bzw. „Sicherstellung der Mobilität“. Mobilität hat jedoch auch eine soziale Komponente. Mobilität gehört zur Teilhabe an der Gesellschaft und setzt voraus, dass räumliche Distanzen von jedem Menschen überwunden werden können. Durch die Höhe der Naldofahrpreise ist es für viele Menschen mit geringem Einkommen nicht möglich, den ÖPNV so oft wie notwendig zu nutzen. Weitgehende Beschränkung auf Ziele, die zu Fuß und mit dem Fahrrad erreicht werden können, ist die Folge. Dies bedeutet alltäglichen Ausschluss aus dem kulturellen, politischen und sozialen Leben, insbesondere im ländlichen Bereich. Dazu kommt, dass auf dem Land auch günstigere Einkaufsmöglichkeiten wie größere Supermärkte oder Tafelläden ohne ÖPNV nur schlecht erreicht werden können.

Die Linke stellt diesen Antrag erneut, da zunehmend viele Menschen auf ein geringes Einkommen angewiesen sind, die Tarife im ÖPNV jedoch kontinuierlich erhöht werden.